

437015

SIG 044-00

Ausfertigung

V E R O R D N U N G

des Regierungspräsidiums Tübingen

zum Schutz des Grundwassers

im Einzugsgebiet der Grundwasserfassungen

"Neunbrunnen" der Gemeinde Herbertingen

und der Stadt Mengen

Vom 23. Oktober 1991

Auf Grund von § 19 Abs. 1 und 2 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) in der Fassung vom 23. September 1986 (BGBl. I S. 1529, ber. S. 1654), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 12. Februar 1990 (BGBl. I S. 205), des § 96 Abs. 1 S. 1 Halbsatz 2 in Verbindung mit § 24 Abs. 1 und § 110 Abs. 1 des Wassergesetzes für Baden-Württemberg (WG) in der Fassung vom 1. Juli 1988 (GBl. S. 269) wird verordnet:

§ 1

Räumlicher Geltungsbereich

- (1) Im Interesse der öffentlichen Wasserversorgung wird zum Schutz des Grundwassers im Einzugsgebiet der

Grundwasserfassungen (Tiefbrunnen) "Neunbrunnen"

	Fassung 1	Fassung 2
Hochwert	53 25 100	53 25 100
Rechtswert	35 28 060	35 28 080
LfU-Nr.	49/569-4	48/569-9
Flurstück Nr.	1790/2	1790/2
Gewann	Krumme Furchen	Krumme Furchen
Gemarkung	Blochingen	Blochingen
Gemeinde/Stadt	Mengen	Mengen
Landkreis	Sigmaringen	Sigmaringen
der Gemeinde und der Stadt		Herbertingen Mengen
ein Wasserschutzgebiet festgesetzt.		

- (2) Das Wasserschutzgebiet gliedert sich in die weitere Schutzzone -Zone III-, in die engere Schutzzone -Zone II- und in den Fassungsbereich -Zone I-.
- (3) Das Wasserschutzgebiet umfaßt eine Fläche von 6,79 km².
- (4) Das Wasserschutzgebiet erstreckt sich mit seinen Zonen III und II auf die Gemarkungen Blochingen, Beuren und Mengen der Stadt Mengen, sowie auf die Gemarkungen Bremen und Hohentengen der Gemeinde Hohentengen im Landkreis Sigmaringen.

Das Wasserschutzgebiet erstreckt sich:

- a) Auf der Gemarkung Blochingen, Stadt Mengen, auf die Gewanne oder Teile der Gewanne:
Krumme Furchen, Zehntfreies Eschle, Raue Äcker, Kühburg;
- b) auf der Gemarkung Beuren, Stadt Mengen, auf die Gewanne oder Teile der Gewanne:
Neun Brunnen;
- c) auf der Gemarkung Hohentengen, Gemeinde Hohentengen, auf die Gewanne oder Teile der Gewanne:
Breitenloh, Unter dem Holz, Kreuzäcker, Felbenwiesen, Oberer Espan, Ried, Oberer Espan, Unterer Espan, Bühlwiesen, Furchtwiesen, Blumenwiesen, Breiter Stock, Oberes Osterfeld, Osterfeld, Untere Viehweide, Barthel-Schmidts Stock, Gemeindewiesen, Brühl, Härtewiesen, Silberhärte;
- d) auf der Gemarkung Bremen, Gemeinde Hohentengen, auf die Gewanne oder Teile der Gewanne:
Breitenloh, Unter dem Holz, Holzäcker, Maiäcker, Ried, Kreuzäcker, Riedäcker;
- e) auf der Gemarkung Mengen, auf die Gewanne oder Teile der Gewanne:
Kühburg, Egerten, Zwerenweg, am kleinen Weg, Beizkofer Straße, Jauchen, Hauptgraben, Osterfeld, Unterer Hülen, Eschenbrunnen, Poppersteg, Riedle.

Die Zone I liegt:

Auf Gemarkung Blochingen, Stadt Mengen, im Gewinn:

Krumme Furchen

und

auf Gemarkung Mengen, Stadt Mengen, im Gewinn:

Kühburg.

- (5) Die genauen Grenzen des Wasserschutzgebietes und seiner Schutzzonen ergeben sich aus den Schutzgebietskarten (einer Übersichtskarte im Maßstab 1 : 25.000, in der die Grenzen der Zone III grün, der Zone II gelb und der Zone I rot angelegt sind, sowie 12 Flurkarten -einschließlich einer Legende hierzu- im Maßstab 1 : 2.500, bestehend aus Blatt Nrn.

	4421	4422
	4521	4522
4620	4621	4622
4720	4721	4722
4820	4821,	

in denen die Zonenabgrenzungen wie folgt gerastert dargestellt sind:

- Abgrenzung zwischen Wasserschutzgebiet und Außenbereich mit 6,3 mm breitem Rasterband -Letraset Nr. 1106, siehe Legende- (die Bandierung erfolgt innerhalb des Wasserschutzgebiets und umfaßt alle Zonen mit Ausnahme der Zone I),
- Abgrenzung zwischen den Zonen II und III mit 2,8 mm breitem Rasterband -Letraset Nr. 1104, siehe Legende- (die Bandierung erfolgt innerhalb des Bereichs der Zone II).
- Die Zone I ist mit Flächenraster -Letraset Nr. 1404, siehe Legende- dargestellt.)

Die Schutzgebietskarten sind Bestandteil dieser Verordnung.

Die Verordnung mit den Schutzgebietskarten ist nach Ablauf der Auslegungsfrist (§ 9), solange sie in Kraft ist, beim Regierungspräsidium Tübingen, Konrad-Adenauer-Str. 20 in 7400 Tübingen, und beim Landratsamt Sigmaringen, Leopoldstr. 4 in 7480 Sigmaringen, sowie bei den Bürgermeisterämtern in 7947 Mengen, Hauptstr. 90, und in 7969 Hohentengen, Beizkofer Str. 57, zur kostenlosen Einsicht durch jedermann während der Sprechzeiten niedergelegt.

§ 2

Schutz der weiteren Schutzzone

- (1) In der weiteren Schutzzone - Zone III - sind verboten:
1. Errichten und Betreiben von Kernreaktoren.
 2. Errichten oder wesentliches Ändern von Betrieben, die radioaktive oder andere wassergefährdende Abwässer oder Abfälle abstoßen, wenn diese Stoffe nicht vollständig und sicher aus dem Schutzgebiet hinausgebracht oder ausreichend behandelt werden.
 3. Errichten oder wesentliches Ändern von Betrieben, die radioaktive Stoffe oder wassergefährdende Stoffe im Sinne von

§ 19 g Abs. 5 WHG verwenden, herstellen, lagern oder umschlagen; hiervon ausgenommen sind das Verwenden und Lagern kleinerer Mengen solcher Stoffe für medizinische und naturwissenschaftliche Zwecke.

4. Lagern, Bearbeiten oder Vertreiben von radioaktiven Stoffen; ausgenommen sind kleine Mengen solcher Stoffe für medizinische und naturwissenschaftliche Zwecke.
5. Ablagern, Aufhalten von radioaktiven Stoffen oder Beseitigen solcher Stoffe durch Einbringen in den Untergrund.
6. Ablagern, Aufhalten von wassergefährdenden Stoffen oder Beseitigen solcher Stoffe durch Einbringen in den Untergrund.
7. Errichten und Betreiben von Anlagen zum Lagern, Abfüllen und Umschlagen wassergefährdender Stoffe; ausgenommen sind jedoch Anlagen für wassergefährdende flüssige Stoffe, sofern diese den Grundlagen der §§ 19 g - 19 l WHG, dem Stand der Technik und den Vorschriften für Anlagen in Wasserschutzgebieten entsprechend der Verordnung des Umweltministeriums über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten (VLWF) in der jeweils geltenden Fassung genügen und dadurch eine Gefährdung des Grundwassers nicht zu besorgen ist.
8. Anlagen zur unterirdischen Lagerung von wassergefährdenden Stoffen im Sinne von § 19 g Abs. 5 WHG.
9. Errichten oder wesentliches Erweitern von Industrie-, Gewerbe- und landwirtschaftlichen Betrieben, militärischen Anlagen, Wohnsiedlungen und Gebäuden, Krankenhäusern und Heilstätten, wenn das Abwasser nicht ausreichend behandelt oder eine sichere, anderweitige ordnungsgemäße Entsorgung nicht gewährleistet ist oder wenn das Grundwasser angeschnitten wird bzw. keine ausreichende Deckschicht über dem Grundwasser vorhanden ist.
10. Errichten und Betreiben von Rohrleitungsanlagen zum Befördern wassergefährdender Stoffe; ausgenommen sind Rohrleitungsanlagen, die den Bereich eines Werksgeländes nicht überschreiten oder Zubehör einer Anlage zum Lagern solcher Stoffe sind, sofern sie durch ausreichende Sicherheitsvorkehrungen gegen das Austreten der beförderten Stoffe geschützt sind.
11. Errichten und Betreiben von Abwasserbehandlungsanlagen, wenn eine Gefährdung des Grundwassers zu besorgen ist und diese nicht durch Schutzvorkehrungen verhindert werden kann.
- X 12. Versenken und punktuell Versickern von Abwasser einschließlich des von Straßen und sonstigen Verkehrsflächen abfließenden Niederschlagswassers sowie von Kühlwasser.
- X 13. Versickern von Abwasser, einschl. des von Straßen und sonstigen Verkehrsflächen abfließenden Niederschlagswassers sowie von Kühlwasser, wenn das Abwasser nicht ausreichend gereinigt oder seine sichere anderweitige Beseitigung gewährleistet ist.

14. Einleiten von Abwasser in oberirdische Gewässer, wenn das Abwasser nicht ausreichend gereinigt ist.
15. Verwenden von wassergefährdenden auswasch- und auslaugbaren Materialien zum Bau von Straßen und Wegen.
16. Errichten und Betreiben von Anlagen zur Behandlung, Beseitigung oder zum Umschlag von Abfällen, ausgenommen Deponien für unbelasteten Erdaushub, unbelasteten mineralischen Straßen- aufbruch und bitumenhaltigen Straßenaufbruch in geringen Mengen.
17. Maßnahmen, die eine wesentliche flächenhafte Verringerung und Schwächung der Deckschichten oder eine wesentliche Verminderung der Grundwasserneubildung zur Folge haben.
18. Errichten und Betreiben von Erdreichwärmepumpen, sofern nicht nachgewiesen wird, daß die verbleibende Deckschicht über dem Grundwasser ausreichend mächtig und dicht ist.
19. Maßnahmen zum Erschließen von Grundwasser.
20. Bohrungen zum Aufsuchen oder Gewinnen von Bodenschätzen oder zum Erkunden des Baugrundes, sofern nicht die Unbedenklichkeit für das Grundwasser nachgewiesen wird.
21. Anlegen oder wesentliches Erweitern von Erdaufschlüssen, insbesondere zum Gewinnen von Steinen und Erden, sofern nicht die Unbedenklichkeit für das Grundwasser nachgewiesen wird.
22. Errichten und Betreiben von Campingplätzen, wenn eine Gefährdung des Gewässers nicht durch Schutzvorkehrungen verhindert werden kann.
23. Anlegen oder wesentliches Erweitern von Friedhöfen, wenn aufgrund der Untergrundverhältnisse eine Gefährdung des Grundwassers zu besorgen ist.
24. Errichten oder wesentliches Erweitern von Tunnel- und Stollenbauten sowie von Kavernen.
25. Durchführen von Manövern und Übungen der Streitkräfte und entsprechender Organisationen, soweit sie nicht den Anforderungen des DVGW/LAWA-Merkblattes "Militärische Übungen und Liegenschaften der Streitkräfte in Wasserschutzgebieten" in der jeweils geltenden Fassung entsprechen.
26. Errichten oder Erweitern von Anlagen zur Tierhaltung, wenn die ordnungsgemäße Lagerung und Ausbringung der anfallenden Dungstoffe nicht gewährleistet ist und eine Wassergefährdung nicht durch Schutzvorkehrungen verhindert werden kann.
27. Vorratslager von Dungstoffen außerhalb von Dunglegen.
28. Errichten und Betreiben von Gärfuttersilos und -mieten, wenn die ordnungsgemäße Lagerung und Ausbringung der anfallenden Sickersäfte nicht gewährleistet ist und eine Wassergefährdung nicht durch Schutzvorkehrungen verhindert werden kann.

29. Errichten oder wesentliches Erweitern von Fischzuchtanlagen sowie von Fischteichen und ähnlichen Einrichtungen, wenn dadurch das Grundwasser angeschnitten wird oder die Deckschichten wesentlich vermindert werden.
30. Großflächige Umwandlung von Wald.
- (2) Beim Verwenden von chemischen Pflanzenbehandlungsmitteln sind die Bestimmungen der Verordnung über Anwendungsverbote für Pflanzenschutzmittel (Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung) sowie die Anwendungshinweise des Pflanzenschutzdienstes Baden-Württemberg -Pflanzenschutzmaßnahmen im Ackerbau- in den jeweils geltenden Fassungen zu beachten.
- (3) Beim Neubau oder beim Umbau von Straßen oder bei einer wesentlichen Änderung bestehender Straßen sind die notwendigen Schutzvorkehrungen und Schutzmaßnahmen entsprechend den Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wassergewinnungsgebieten (RiStWag) in der jeweils geltenden Fassung anzuwenden.

§ 3

Schutz der engeren Schutzzone

In der engeren Schutzzone - Zone II - sind verboten:

- × 1. Die für die weitere Schutzzone genannten Handlungen (§ 2).
2. Errichten von baulichen Anlagen im Sinne der Landesbauordnung Baden-Württemberg in der jeweils geltenden Fassung.
3. Errichten und Betreiben von Abwasserbehandlungsanlagen.
4. Errichten und Betreiben von Deponien für unbelasteten Erdaushub, unbelasteten mineralischen Straßenaufbruch und bitumenhaltigen Straßenaufbruch.
5. Errichten oder wesentliches Erweitern von Gartenbaubetrieben und Kleingartenanlagen.
6. Einrichten und Betreiben von Baustellen und Baustofflagern sowie von Wohnunterkünften.
7. Einrichten und Betreiben von Spiel-, Sport-, Zelt-, Camping- und Badeplätzen; Aufstellen von Wohnwagen und Wohnmobilen.
- × 8. Herstellen von Erdaufschlüssen (Gruben, Gräben, Schürfungen, Bohrungen u.a.) und Sprengungen.
9. Anlegen oder Erweitern von Friedhöfen.

10. Anlegen oder wesentliches Ändern von Verkehrsanlagen.
11. Befördern radioaktiver Stoffe; hiervon ausgenommen ist das Befördern im schienengebundenen Verkehr sowie das Befördern kleiner Mengen für medizinische und naturwissenschaftliche Zwecke.
12. Befördern wassergefährdender Stoffe; hiervon ausgenommen ist das Befördern auf klassifizierten Straßen und im schienengebundenen Verkehr und zur Versorgung bewohnter Anwesen im Außenbereich mit Heizstoffen sowie der Transport von Düng- und Pflanzenschutzmitteln, soweit er dem Einsatz in der ordnungsgemäßen Land- und Forstwirtschaft dient.
13. Durchleiten von Abwässern und des von Verkehrsflächen abfließenden Wassers.
14. Versickern von Abwasser einschl. des von Straßen und sonstigen Verkehrsflächen abfließenden Niederschlagswassers sowie von Kühlwasser.
15. Errichten und Betreiben von Oberflächenwasserwärmepumpen.
16. Lagern, Abfüllen oder Umschlagen wassergefährdender Stoffe.
17. Anlegen von Dränungen und Vorflutgräben.
18. Errichten und Betreiben von Behältern und Gruben für Jauche, Gülle und sonstige Dungstoffe sowie von Gärfuttersilos und -mieten.
19. Ausbringen von flüssigen, entwässerten oder kompostierten Siedlungsabfällen (Müll- und Müllklärschlammkompost).
20. Einrichten und Betreiben von Dunglegen.
21. Viehansammlungen und Einrichtungen, die solche ermöglichen (wie Weidehütten, Pferche, Melkstände, ortsfeste Viehtränken), Intensivweiden.
22. Offenes Lagern oder Ablagern mineralischer Düngemittel.
23. Ausbringen organischer oder mineralischer Düngemittel, wenn erkennbar die Gefahr ihrer unmittelbaren oberirdischen Abschwemmung in den Fassungsbereich bzw. in das Grundwasser besteht.
24. Umwandlung von Wald oder Kahlhiebe.

§ 4

Schutz des Fassungsbereichs

Im Fassungsbereich - Zone I - sind verboten:

1. Die für die weitere Schutzzone (§ 2) und die engere Schutzzone (§ 3) genannten Handlungen.

2. Jegliche Nutzung mit Ausnahme von Mähnutzung (bei Abfuhr des Mähgutes nach dem Schnitt), Entnahme von Walderzeugnissen und Wiederaufforstung.
3. Jegliche Düngung.
4. Verletzen der belebten Bodenschicht oder der Deckschichten.
5. Betreten durch Unbefugte.

§ 5

Schutzbestimmungen der Schutzgebiets- und
Ausgleichs-Verordnung

- (1) Im Wasserschutzgebiet gelten die Schutzbestimmungen der Verordnung des Ministeriums für Umwelt über Schutzbestimmungen in Wasser- und Quellenschutzgebieten und die Gewährung von Ausgleichsleistungen (Schutzgebiets- und Ausgleichs-Verordnung - SchALVO) in der jeweils geltenden Fassung.
- (2) Inhaltsgleiche oder weitergehende Anordnungen dieser Verordnung bleiben unberührt.

§ 6

Befreiungen und Ausnahmen

- (1) Das Regierungspräsidium Tübingen kann auf Antrag von den Verboten dieser Verordnung Befreiung erteilen, wenn
 1. Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Abweichung erfordern oder
 2. die Durchführung der Vorschrift zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Abweichung mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist oder
 3. die sofortige Durchführung dieser Vorschrift zu einer unzumutbaren Härte führen würde und für eine Übergangszeit die Abweichung eine nachteilige Auswirkung auf das Gewässer nicht erwarten läßt.

§ 98 Abs. 3 WG bleibt unberührt.

- (2) Die Verbote der §§ 2, 3 und 4 gelten nicht für Maßnahmen der Gemeinde Herbertingen und der Stadt Mengen, die der Wassergewinnung oder Wasserversorgung dienen. Solche Maßnahmen sind dem Regierungspräsidium Tübingen rechtzeitig vor der Durchführung schriftlich anzuzeigen.

- (3) Die Befreiung kann mit Bedingungen und Auflagen versehen und befristet werden. Sie kann zurückgenommen werden oder nachträglich mit zusätzlichen Nebenbestimmungen versehen oder weiteren Einschränkungen unterworfen werden, um das Grundwasser im Rahmen dieser Verordnung vor nachteiligen Veränderungen seiner Eigenschaften zu schützen, die bei der Erteilung der Befreiung nicht voraussehbar waren.
- (4) Die Verbote des § 2 Abs. 1 Nrn. 7, 8, 10 bis 13, 16, 18, 22 und 28 sowie des § 3 Nrn. 3, 4, 6, 7, 13 bis 15, 18 und 20 gelten nicht für Anlagen, die bereits vor Inkrafttreten dieser Verordnung rechtmäßig errichtet und betrieben wurden, und zwar auch nicht in der engeren Schutzzone - Zone II -, solange der Betrieb zulassungsbedürftiger und rechtmäßig zugelassener Anlagen innerhalb der Zulassung (z. B. Baugenehmigung, wasserrechtliche Genehmigung oder Erlaubnis, wasserrechtliche Planfeststellung) erfolgt. Die Berechtigung der örtlich zuständigen Wasserbehörde, aufgrund der Wassergesetze ggf. notwendige weitergehende Anforderungen zu stellen, bleibt davon unberührt.
- (5) Die Verbote der §§ 2 und 3 gelten nicht für Maßnahmen der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost, soweit diese im Benehmen mit dem Regierungspräsidium Tübingen erfolgen.

§ 7

Duldungspflichten der Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Wasserschutzgebietes sind verpflichtet, zu dulden, daß Beauftragte der Gemeinde Herbertingen, der Stadt Mengen und der staatlichen Behörden die Flurstücke zur Beobachtung des Wassers und des Bodens betreten, Beobachtungsstellen einrichten, Hinweisschilder zur Kennzeichnung des Wasserschutzgebietes aufstellen und den Fassungsbereich umzäunen.

§ 8

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne von § 120 Abs. 1 Nr. 20 WG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
1. einem Verbot nach §§ 2, 3 oder 4 zuwiderhandelt,
 2. eine nach § 6 ausnahmsweise zugelassene Handlung vornimmt, ohne die mit der Befreiung verbundenen Bedingungen oder Auflagen zu erfüllen.

- (2) Ordnungswidrigkeiten können mit Geldbußen bis zu 200.000,-- DM geahndet werden.

§ 9

Ersatzverkündung der Karten des Geltungsbereichs

Vor dem Inkrafttreten werden die in § 1 Abs. 5 aufgeführten Karten zusammen mit dem Wortlaut dieser Verordnung eine Woche nach Verkündung des Verordnungstextes im Gesetzblatt Baden-Württemberg beim

Regierungspräsidium Tübingen
Konrad-Adenauer-Str. 20

7400 Tübingen 1

und beim

Landratsamt Sigmaringen
Leopoldstr. 4

7480 Sigmaringen

auf die Dauer von 2 Wochen während der Sprechzeiten zur kostenlosen Einsicht für jedermann öffentlich ausgelegt.

§ 10

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt an dem Tage in Kraft, der der zweiwöchigen Auslegung der Ersatzverkündung (§ 9) folgt.

Tübingen, den 23. Oktober 1991

gez.

Dr. Gögler



beglaubigt:

H. Gögler

Reg.-Ang'e